

*Lubomír Slezák, Zemědělské osídlování pohraničí českých zemí po druhé světové válce [Die landwirtschaftliche Wiederbesiedlung der böhmischen Grenzgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg].*

Nakl. Blok, Brünn 1978, 189 S.

Im Jahre 1930 lebten in der Tschechoslowakei 3,318 Mill. Personen deutscher Nationalität. Das entsprach ca. 24 % der Gesamtbevölkerung des Staates. Die Siedlungsgebiete jener Bevölkerung bildeten bekanntlich die Räume Böhmens und Mähren-Schlesiens, die ursprünglich ausgesprochene Übergangsräume darstellten: das Egerland zu Bayern, Südmähren zu Österreich, Nordböhmen zu Sachsen oder Nordmähren und Sudetenschlesien zu Schlesien. Bis 1945 wurden diese überwiegend von Deutschen bewohnten Regionen als „Sudetendeutsche Gebiete“ bezeichnet. Nach 1945 wurde von tschechoslowakischer Seite für diese Gebiete die Bezeichnung „prohраниční územi“, später nur „pohraničí“ (Grenzgebiete) verwendet. Die gesetzliche Grundlage für die räumliche Abgrenzung bildete das Dekret No. 21 (27. 10. 1945), das Grenzgebiete als solche Gebiete bezeichnet, die 1938 von einer fremden Macht besetzt wurden. Durch Verordnungen des später gegründeten Ansiedlungsamtes (6. 6. 1946) wurde diese Definition abgeändert. So wurden z. B. auch die tschechischen Teile von Bezirken, die nur teilweise zum Deutschen Reich gekommen waren, einbezogen.

Der Begriff „Grenzgebiet“ hatte dabei zweifellos zwei unterschiedliche Dimensionen, zum einen eine politisch-territoriale als Grenzraum, zum anderen war dies im raumordnerischen Sinne eine ökonomisch-politische Bewertung. Es besteht kein Zweifel, daß die Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung einen grundlegenden sozialen und ökonomischen Wandel mit verursachte. Umgekehrt waren Enteignung und Aussiedlung der Deutschen Maßnahmen, die eingebunden waren in den Prozeß der Bildung eines Nationalstaates der Tschechen und Slowaken sowie der Machtergreifung und Machtsicherung seitens der KPČ. Die Neubesiedlung der Grenzgebiete war unter diesen Gesichtspunkten eine politische wie ökonomische Notwendigkeit.

Die Problematik der Vertreibung, Aussiedlung und Wiederbesiedlung, ihre Bedeutung für die sozialökonomische Entwicklung der Tschechoslowakei, ist in der Literatur sehr unterschiedlich behandelt worden. In der tschechischen Literatur ist dieses Thema — sowohl die Vorgeschichte wie auch die Folgen — lange Zeit tabuisiert worden. Ausnahmen bilden einige Arbeiten der Geographen *Blažek* und *Häufler*. Gewichtige Beiträge lieferten allerdings Autoren des Exils (*Sláma*). Die fundiertesten Analysen deutscher Autoren stellen zweifellos die von *Urban* (1964) oder *Bohmann* (1955 ff.) sowie in jüngster Zeit von *Altmann* dar.

Unter diesen faktischen, fachwissenschaftlichen wie wissenschaftspolitischen Aspekten muß die vorliegende Arbeit von *L. Slezák* bewertet werden. Es ist ohne Zweifel ein interessanter Beitrag. Allerdings muß bereits vorab betont werden, daß hier keine prinzipiell neuen Erkenntnisse präsentiert oder neue Interpretationen von Ursachen, Abläufen oder Auswirkungen jener Nachkriegsereignisse vorgelegt werden.

Ziel dieser Arbeit über die landwirtschaftliche Wiederbesiedlung der Grenz-

gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg ist die „Rekonstruktion und Bewertung einzelner Phasen des Wiederbesiedlungsprozesses zwischen 1945—1947“ (S. 10). Als wissenschaftliche Quellen dienen umfangreiche, auch bei uns bekannte, historische, politologische und ökonomische Arbeiten, publizierte Programme, Statistiken und Informationen von Parteien und Verbänden, zahlreiche Zeitschriften (vor allem die Zeitschrift des Ansiedlungsamtes „Osídlování“) sowie Archivquellen (Staats- und Kreisarchive).

Die sehr nüchterne Analyse *Slezáks*, die in der Interpretation der Fakten und Prozesse im Rahmen der bisher in der Tschechoslowakei publizierten Lehrmeinungen bleibt, ist in 4 Hauptkapitel untergliedert:

Kapitel I. behandelt die Ausgangssituation („Vorabend der landwirtschaftlichen Besiedlung“), also z. B. auch gesetzliche Grundlagen, Planungskonzeptionen der Ministerien und auch den „Abschub“ (Odsun) der Minderheiten. Das II. Kapitel skizziert die Grenzgebiete zu Beginn der Aktionen, versucht eine Gliederung der Besiedlungsetappen, diskutiert knapp die Probleme der „Goldgräber“ und „Verwalter“. Im III. Kapitel werden die Wiederbesiedlungsprozesse unter dem Aspekt der geregelten Zufuhr von Arbeitskräften, unter dem Gesichtspunkt der Binnenwanderung behandelt. Interessant ist hier der Versuch, die „Sozialstruktur“ der Wiederbesiedler zu erfassen. Die „letzte Etappe“ der Aktionen ist Gegenstand des IV. Kapitels, so auch die Fragen der Reemigranten und die Probleme der politisch-sozialen Auseinandersetzungen („Klassenkampf“).

Im einzelnen wird bei der Grundlegung und späteren Interpretation stets auf die „antifaschistische Bedeutung“ der „revolutionären Bewegungen“ innerhalb der Landwirtschaft und Siedlungstätigkeit verwiesen, wie es bereits im Kaschauer Programm (5. 4. 1945) proklamiert wurde. Die Rechtsgrundlagen jener Prozesse bildeten bekanntlich die Dekrete Nr. 5/1945, wonach zunächst das Eigentum der deutschen Bevölkerung unter nationale Verwaltung gestellt wurde, sowie das Dekret 12/21. 6. 1945, das dann eine Konfiszierung des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen vorsah. Wesentlich war ferner das Dekret Nr. 27/17. 7. 1945, nach dem beim Ministerium des Innern ein besonderes Ansiedlungsamt („Osídlovací úřad“) geschaffen wurde. Diese Behörde war sowohl für die Aussiedlung als auch für die Wiederbesiedlung der „freigewordenen“ Gebiete zuständig. Neben jenen bekannten Grundlagen behandelt *Slezáke* auch die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Klassegegnern, so vor allem zwischen der „Arbeiterklasse“ und den „Bürgerlichen“. Bei der Erörterung der Planungen der ersten Jahre durch die Ministerien werden die bereits bekannten Informationen bezüglich der Arbeitskräfte und der Agrarstruktur im wesentlichen bestätigt. Innerhalb des äußerst knapp gehaltenen Kapitels über den „Abschub“ der deutschen Bevölkerung werden dabei auch Statistiken vorgelegt. Die Gesamtzahl der zwischen 1945 und 1947 ausgewiesenen Deutschen und Österreicher wird mit 2,996 Mio. Personen angegeben. 1947 waren danach noch 204 000 Personen deutscher Nationalität zu verzeichnen (S. 35).

Die Bewertung der Aussiedlung: „Der Abschub hatte einen demokratischen und progressiven Charakter“ (S. 37). Den Analysen über die einzelnen Wiederbesiedlungsphasen sind zahlreiche, recht informative Tabellen und Grafiken beigegeben,

die eine gute Rekonstruktion erlauben. Nach *Slezák* lassen sich — nach der ersten unregelmäßigen Aneignung von Grund und Gütern — folgende Perioden unterscheiden: eine erste, in der die sog. Verwalter auf den konfiszierten Anwesen fungierten (Dekret 5/455 Sb., April bis Oktober 1945), eine zweite, wo die Besiedlung organisiert ablief (Dekrete 12/ u. 28/1945 — Oktober 1945 bis Sommer 1946), sowie eine letzte Periode (Sommer 1946—1947), in der eine Konsolidierung versucht wurde.

Auf zwei wesentliche und interessante Aspekte jener Prozesse sei noch verwiesen: zum einen auf das Problem der Arbeitskräfte in den Grenzgebieten, das in großer Ausführlichkeit mit vielen Daten belegt wird. Zum anderen wird auf die Analyse der Herkunft der Neusiedler großes Gewicht gelegt, nicht zuletzt unter dem Vorzeichen der sozial-ökonomischen Veränderungen.

In der Bewertung des Erfolges dieser „Aktionen“ weicht *Slezáks* Interpretation von denen der eingangs angeführten deutschen Autoren ab. Bei aller Unterschiedlichkeit der Auslegung und auch beim Herausstellen der Tatsache, daß nun die Grenzgebiete nach 1945 ihren ehemals hohen sozial-ökonomischen Stellenwert verloren haben, sollte man natürlich daran erinnern, welche ökonomische und soziale Bedeutung die deutsche Bevölkerung für die Gesamtrepublik gehabt hat. Es ist aber auch eine Tatsache, daß von seiten der Planung bei der Wiederbesiedlung der Grenzgebiete nach 1945 von vornherein von weit niedrigeren Bevölkerungszahlen und Dichtewerten als im Jahre 1930 ausgegangen wurde.

Bochum

Horst Förster

*Jiří Sláma, Die sozio-ökonomische Umgestaltung der Nachkriegs-Tschechoslowakei. Zur Politik des kommunistischen Machtmonopols.*

In Kommission bei Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1977, 143 S. (Veröff. d. Osteuropa-Instituts München. Reihe: Geschichte 46. Hrsg. von Georg Staudtmüller).

Der tschechische Wirtschaftsforscher untersucht die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umgestaltung seines Heimatlandes in den Jahren 1945 bis 1968 anhand eines umfangreichen aufbereiteten statistischen Materials, wobei er abschließend die Entwicklung Polens wertend damit vergleicht. Dabei mißt er die tiefgreifende Veränderung aller Lebensverhältnisse an den Faktoren Bevölkerung, Kapital und Produktion und hebt auch die sich daraus ergebende Mobilität hervor. Die große Wende trat danach im Jahre 1948 ein. Vorher dominierten noch Interessen der Wirtschaft vor der Politik, nachher stand die Politik nur mehr im Dienste sowjetischer Wirtschaftsinteressen. Vor dem Jahre 1948 glaubten viele noch an die Möglichkeit eines „pluralistisch sozialistischen Systems“, das mit den Schlagworten „Nationalisierung“ und „Privatisierung“ lockte, später ging dieses nahtlos in kalte „Sozialisierung“ über. Dieses sowjetische Lenkungssystem festigte die Machtstellung der kommunistischen Partei und ihrer Kader unter Zurückstellung rationaler wirtschaftlicher Eigeninteressen des Staates.

Der Weg begann mit der Zwangsaussiedlung von drei Millionen Sudetendeutschen, die sich trotz mancher Vorteile für das tschechische Bürgertum insgesamt